

Gesetzblatt für die Freie Stadt Danzig

Nr. 80

Ausgegeben Danzig, den 31. Juli

1935

Tag	Inhalt	Seite
15. 7. 1935	Verordnung über die Abänderung der Verordnung betr. die Einfuhr von Pflanzen aus dem Zollausland vom 11. 12. 34 (G. Bl. S. 829)	859
24. 7. 1935	Verordnung betr. Einführung eines Steuersäumnisgesetzes (St. Säumn. G.)	860

196

Verordnung

über die Abänderung der Verordnung betreffend die Einfuhr von Pflanzen aus dem Zollausland vom 11. 12. 34 (G. Bl. S. 829).

Vom 15. Juli 1935.

Auf Grund des Art. 3 der Verordnung über die Bekämpfung von Pflanzenkrankheiten, Pflanzenschädlingen und Unkräutern vom 11. 12. 34 (G. Bl. S. 827) wird die Verordnung betr. die Einfuhr von Pflanzen aus dem Zollausland vom 11. 12. 34 (G. Bl. S. 829) wie folgt geändert:

Artikel I

1. § 8 erhält folgende Fassung:

„Bei der Durchfuhr der in § 1 und § 2 genannten Kartoffeln, Pflanzen, Sämereien und Früchten durch das Gebiet der Freien Stadt Danzig sind die in den vorgenannten Vorschriften vorgesehenen Bescheinigungen erforderlich. Die Bestimmung findet keine Anwendung, wenn die genannten Waren in fest verschlossenen und plombierten Bahnwagen ohne Umladung oder in fest verschlossenen und unbeschädigten Verpackungen befördert werden und wenn die im § 2 erwähnten Waren im Danziger Hafen in geschlossene Bahnwagen umgeladen werden müssen.“

2. § 14 erhält folgende Fassung:

„Die Bestimmungen über die Färbung sowie hinsichtlich der Bescheinigungen über die Reinheit der Sämereien erstrecken sich nicht auf Handelsproben im Bruttogewicht von 100 g und weniger sowie auf Sendungen mit Sämereien, die durch wissenschaftliche Anstalten und die Versuchsstation der Danziger Bauernkammer für wissenschaftliche Forschungen bezogen werden; diese Proben und Sendungen können unbeschränkt eingeführt werden.“

Artikel II

Das Muster des Vordrucks Nr. 3 (G. Bl. S. 824) erhält folgende Fassung:

„Vordruck Nr. 3

Muster der Bescheinigung für die aus dem Auslande eingeführten Sämereien von Klee, Luzerne, Honigklee, Steinilee und Timothee.

Bescheinigung über die Untersuchung auf Flachsseide

Die Samenkontrollstelle in bestätigt hiermit, daß die durchgeführte Untersuchung in den Proben, die aus den plombierten und mit dem Klebezettel der Kontrollstelle versehenen Säden mit Sämereien von Klee, Luzerne, Wundklee, Honigklee, Steinilee und Timothee*) entnommen wurden, bezeichnet mit nachstehenden Nummern, kein einziges Korn von Flachsseide ergeben hat.

Gleichzeitig stellt die Kontrollstelle fest, daß die Untersuchung auf Flachsseide unter Beachtung folgender Bestimmungen erfolgte: von mindestens drei Stellen, von oben, aus der Mitte und vom unten wurde aus jedem Saat eine Probe entnommen, aus der nach dem Vermischen zum Kennzeichnen jedes Saates besonders — bei Rotklee, Infarnatklee, bei Luzerne, Wundklee, Honigklee und ge-

*) Unzutreffendes streichen.

wöhnlichem Steinklee — 100 g Samen, bei Weißklee und schwedischem Klee, bei Sumpfsteinklee und Timothee — 50 g Samen gezogen wurden. Ferner bestätigt die Kontrollstelle, daß die Sämereien, für die vorliegende Bescheinigung ausgestellt ist, nach Ausscheidung der Säcke, in denen das Vorhandensein von Flachsfeide festgestellt wurde, mehr als die Hälfte des Gesamtgewichts der untersuchten Samenpartie darstellen.

Beschreibung der Sendung:

Bezeichnung der Sämereien	
Rohgewicht der Sendung	
Zeichen der untersuchten Sendung	
Vorname, Zuname und Anschrift des Versenders	
Vorname, Zuname und Anschrift des Empfängers	
Stempel	Unterschrift des Leiters
den 19	der Kontrollstelle."

Artikel III

Die der Verordnung beigefügte Anlage (§ 3) erhält folgende Fassung:
„Anlage

Pflanzenkrankheiten:

Bakteriose — *Bacterium tumefaciens* E. Sm.
Rutensterben der Himbeere — *Didymella applanata* Sacc.
Amerikanischer Meltau — *Sphaerotheca mors uvae* Berk.
Falscher Meltau des Hopfens — *Pseudoperonospora humuli* Miy.
Viruskrankheiten des Hopfens.
Hyazinthenbakteriose — *Pseudomonas hyacinthi* Er. Sm.
Fleckenkrankheit der Azaleenblätter — *Septoria azaleae* Vogl.

Pflanzenschädlinge:

Reblaus — *Phylloxera vastatrix* Planch.
Blutlaus — *Schizoneura (Eriosoma) lanigera* Hausm.
Koloradofäfer — *Leptinotarsa (Doryphora) decemlineata* Say.
Kartoffelmotte — *Phthorimaea operculella* Zell.
Sar José-Schildlaus — *Aspidotus perniciosus* Comst.
Austernförmige Schildlaus — *Aspidotus ostreiformis* Curtis.
Samenfliegen — *Rhagoletis* spp.
Samenkäfer — *Bruchidae*.
Schildläuse — *Coccidae* *)
Milben — *Rhizoglyphus* spp. **)
Nematoden — *Nematodes* **)

*) Nur für bewurzelte Zierpflanzen.

**) Nur für Blumenzwiebeln.

Artikel IV

Die Verordnung tritt mit dem Tage ihrer Bekündung in Kraft.

Danzig, den 15. Juli 1935.

Der Senat der Freien Stadt Danzig
Greiser Dr. Wierciński-Reiser

197

Verordnung

betreffend Einführung eines Steuersäumnisgesetzes (St. Säumn. G.)

Vom 24. Juli 1935.

Auf Grund des § 1 Ziff. 51 und des § 2 Buchst. a) und d) des Gesetzes zur Behebung der Not von Volk und Staat vom 24. Juni 1933 (G. Bl. S. 273) wird folgendes mit Gesetzeskraft verordnet:

Es wird folgendes Steuersäumnisgesetz erlassen:

Steuersäumnisgesetz

§ 1

(1) Wird eine Steuerzahlung (§ 2), die nach dem 31. Juli 1935 fällig wird, nicht rechtzeitig entrichtet, so ist mit dem Ablauf des Fälligkeitstages ein einmaliger Zuschlag (Säumniszuschlag) verwirkt.

(2) Wird eine Steuerzahlung (§ 2), die vor dem 31. Juli 1935 fällig geworden ist oder fällig wird, nicht bis zum Ablauf des 30. August 1935 entrichtet, so ist mit dem Ablauf des 30. August 1935 ein einmaliger Zuschlag (Säumniszuschlag) verwirkt.

§ 2

(1) Der Säumniszuschlag findet Anwendung auf Zahlungen, die als Steuern (Gebühren mit Ausnahme der Verwaltungsgebühren, Beiträge) des Staates, der Gemeinden und der Gemeindeverbände dem Steuerkläger geahndet werden.

(2) Auf andere Zahlungen, insbesondere auf die im § 164 Abs. 2 des Steuergrundgesetzes bezeichneten Zuschläge, auf Zinsen, Verzugszuschläge, Säumniszuschläge, Geldstrafen und Kosten findet der Säumniszuschlag keine Anwendung.

§ 3

(1) Der Säumniszuschlag beträgt zwei vom Hundert des rückständigen Steuerbetrags. Bei Steuerpflichtigen, bei denen Gründe für eine Stundung des nichtgezahlten Betrages am Fälligkeitstage nicht vorgelegen haben, oder die in den letzten 12 Monate vor dem versäumten Fälligkeitstermin mehr als einmal eine Steuer nicht rechtzeitig entrichtet haben, kann der Zuschlag auf 5 % des rückständigen Steuerbetrags erhöht werden.

(2) Für die Berechnung des Säumniszuschlags wird der rückständige Steuerbetrag auf volle zehn Gulden nach unten abgerundet. Dabei werden mehrere Steuerbeträge nur dann zusammengerechnet, wenn sie dieselbe Steuerart betreffen und an demselben Tage fällig geworden sind. Steuern des gemeinsamen Solls (Gemeinsames Besitz- und Verkehrssteuersoll gemäß Gesetz vom 27. 9. 1928 G. Bl. S. 207 und gemeinsames Grundstücksoll gemäß § 11 der Kanal- und Müllabfuhrgebührenordnung vom 28. 6. 1930 St. A. I S. 244) gelten als eine Steuerart.

§ 4

Als Tag, an dem eine Zahlung entrichtet worden ist, gilt:

1. bei Übergabe oder Übersendung von Zahlungsmitteln an eine Steuerbehörde:
der Tag des Eingangs;
2. bei Überweisung auf das Postcheckkonto einer Steuerbehörde und bei Einzahlung durch Postcheck:
der Tag, der sich aus dem Tagesstempelabdruck des Postcheckamts ergibt;
3. bei einer sonstigen Überweisung:
der Tag, an dem der Betrag der Steuerbehörde gutgeschrieben wird;
4. bei einer durch Zahltarife oder Postanweisung bewirkten Einzahlung an eine Steuerbehörde:
der Tag, der sich aus dem Tagesstempelabdruck der Aufgabepostanstalt ergibt;
5. bei Einzahlung aus dem Ausland:
der Tag, an dem der eingezahlte Betrag bei der Steuerbehörde eingeht oder ihr gutgeschrieben wird.

§ 5

Ist der Steuerbetrag, zu dem der Säumniszuschlag verwirkt ist, in der Zwangsvollstreckung oder im Konkursverfahren bevorrechtigt, so erstreckt sich das Vorrecht auf den Säumniszuschlag.

§ 6

Gegen die Anforderung des Säumniszuschlags steht nur die Beschwerde offen.

§ 7

Der Finanzsenator kann im Verwaltungsweg zulassen, daß unter gewissen Voraussetzungen von der Erhebung des Säumniszuschlags abgesehen wird.

§ 8

Verzugszinsen werden für die Zeit vom 31. Juli 1935 auch von solchen Steuern und laufenden Abgaben der Gemeinden und Gemeindeverbände nicht erhoben, die nicht unter § 20 Abs. 1 des Steueranpassungsgesetzes fallen.

Danzig, den 24. Juli 1935.

Der Senat der Freien Stadt Danzig
Greiser Dr. Hoppenrath

